

WOCHENBERICHT DES INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

3. JAHRGANG

BERLIN, DEN 15. OKTOBER 1930

NUMMER 29

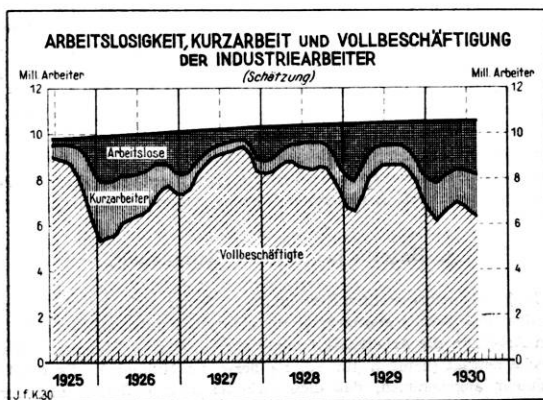
Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit der Gedanke erörtert worden, die Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu bekämpfen. Die folgenden Ausführungen beschränken sich darauf, Material für eine zahlenmäßige Durchdringung des Problems zu bieten und auf einige der Wirkungen hinzuweisen, die von einem derartigen Versuch zur Lösung der Arbeitslosenfrage ausgehen würden.

Um die Möglichkeiten zu überblicken, die sich für eine Verminderung der hohen Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit ergeben, ist es zweckmäßig, zunächst die Gesamtzahl der Arbeitslosen nach ihrer beruflichen Zusammensetzung zu untersuchen. Von den rd.

auch alle Kurzarbeiter mitenthalten. Über ihre Zahl stehen keine absolut zuverlässigen Unterlagen zur Verfügung. Man kann aber mit gewisser Berechtigung die Gewerkschaftsstatistik zu Hilfe nehmen, deren Ergebnisse zu der Annahme führen, daß gegenwärtig etwa 1,8 Millionen Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Allerdings ist bei einem großen

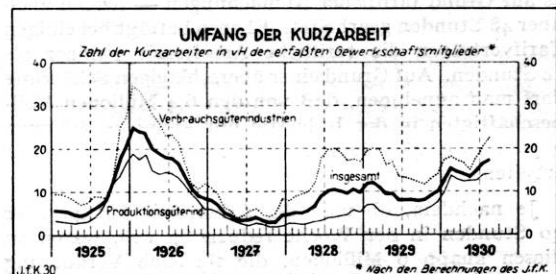


2,88 Millionen Arbeitslosen, die Ende August bei den Arbeitsämtern gezählt wurden, waren:

0,06	Millionen landwirtschaftliche Arbeiter
2,30	„ Industriearbeiter ¹⁾
0,25	„ Angestellte
0,16	„ Arbeiter in Handel und Verkehr
0,11	„ Angehörige sonstiger Berufe.

Die Betrachtung beschränkt sich auf die Industriearbeiter, da in anderen Berufsgruppen die betriebstechnischen Möglichkeiten für eine „Streckung“ der Arbeit nicht in gleichem Umfange gegeben sind, sei es, daß die zu leistende Gesamtarbeit so schnell wie möglich bewältigt werden muß (Ernten), sei es, daß eine volle Arbeitsleistung nur nach längerer Einarbeitung möglich ist (so bei den kaufmännischen Angestellten).

Die Gesamtzahl der Industriearbeiter (einschl. Handwerk), also Vollbeschäftigte, Kurzarbeiter und Arbeitslose zusammen, kann man für die Gegenwart auf etwa 10,5 Millionen schätzen (wenn man nämlich den Zuwachs, der seit der Berufszählung von 1925 eingetreten ist, entsprechend in Rechnung stellt). Es sind demnach schätzungsweise noch 8,2 Millionen Industriearbeiter in Beschäftigung. In diesen 8,2 Millionen sind jedoch



Teil der Kurzarbeiter die Kürzungsdauer nur verhältnismäßig gering, so daß auch ein Teil von diesen von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung betroffen würde. Nur etwa 6,4 Millionen Arbeiter in der Industrie sind tatsächlich vollbeschäftigt, d. h. arbeiten die wöchentlich tariflich festgesetzte Arbeitszeit (oder darüber).

Die Zahl von 1,8 Millionen Kurzarbeitern in der Industrie erscheint zunächst außerordentlich hoch. Wie aber ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre lehrt, ist dies — angesichts der hohen Arbeitslosigkeit — tatsächlich nicht der Fall. Im Gegenteil: die Zahl der Kurzarbeiter ist gegenwärtig nicht unbedeutend geringer als die Zahl der Vollarbeitslosen, während es — umgekehrt — im Verlauf der Krisis und Depression von 1926 wesentlich mehr Kurzarbeiter als Vollarbeitslose gab. Diese Verschie-

Möglichkeiten und produktionswirtschaftliche Voraussetzungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit	S. 114 f.
Zur Kreditlage	S. 115 f.
Die Märkte (Schaubild)	S. 116

Beilage:

Die Konjunktur des Auslands (Schweiz, Belgien).

¹⁾ Einschl. der Gruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“.

bung zwischen Vollarbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist ein Zeichen dafür, daß gegenwärtig dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit in der Industrie in größerem Umfang durch völlige Stilllegung der Betriebe begegnet wird, während man im Jahr 1926 häufiger noch die Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit streckte.

Möglichkeiten und produktionswirtschaftliche Voraussetzungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Um sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wie viel Arbeitskräfte durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit zusätzlich in den Produktionsprozeß eingestellt werden könnten, reicht die rohe Gliederung der Arbeitskräfte nach Vollarbeitslosen, Kurzarbeitern und Vollbeschäftigten nicht aus. Es ist für diese Betrachtung vielmehr notwendig, sich ein Bild davon zu machen, wie stark die einzelnen Arbeitszeitgruppen besetzt sind, d. h. wieviel Arbeiter 42, 44, 46, 48 usw. Stunden in der Woche arbeiten. Darüber liegen nur sehr spärliche Angaben vor, so daß alle folgenden Berechnungen nur Größenordnungen verdeutlichen, aber durchaus nicht den Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben können. **Es sei aus diesem Grunde ausdrücklich bemerkt, daß alle Zahlen dieser Betrachtung unter allem Vorbehalt wiedergegeben werden.**

Die tarifliche Arbeitszeit in der Industrie erstreckt sich im allgemeinen auf 48 Stunden je Woche. Teilweise wird — sei es auf Grund von Überarbeit, sei es auf Grund tariflicher Abmachungen — jedoch auch über 48 Stunden gearbeitet. Ebenso beträgt bei einigen Tarifverträgen die tarifliche Arbeitszeit weniger als 48 Stunden. Auf Grund einer überschlägigen Schätzung darf man annehmen, daß von den 6,4 Millionen Vollbeschäftigten in der Industrie nur knapp 6 Millionen gegenwärtig 48 Stunden und mehr in der Woche arbeiten.

Je nachdem, ob man die Arbeitszeit auf 44 oder 40 Stunden in der Woche reduzieren will, wären zu diesen knapp 6 Millionen, die für eine Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie in Frage kämen, noch alle die Arbeitskräfte hinzuzurechnen, bei denen die Arbeitszeit gegenwärtig 44 bis 48 Stunden oder 40 bis 48 Stunden beträgt.

Ausgehend von einer schätzungsweise ermittelten Besetzung der einzelnen Arbeitszeitgruppen kommt man zu dem Ergebnis, daß von den Arbeitern, die gegenwärtig mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, rd. 330 Millionen Arbeitsstunden in der Woche geleistet werden. Bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden würden statt der tatsächlich beschäftigten 6,8 Millionen Arbeiter nunmehr 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Es ergäbe sich also — **rein rechnerisch** — eine mögliche Mehrbeschäftigung für etwa 0,7 Millionen Arbeiter.

Die entsprechende Rechnung würde bei einer Reduktion der Arbeitszeit auf 40 Stunden dazu führen, daß statt der rd. 7,1 Millionen Arbeiter, deren Arbeitszeit gegenwärtig mehr als 40 Stunden die Woche beträgt, 8,6 Millionen Arbeiter beschäftigt werden könnten. In diesem Fall wäre es also — **wieder rein rechnerisch** — möglich, Mehrbeschäftigung für 1½ Millionen Arbeitskräfte zu schaffen.

Diese Zahlen sind zunächst — **dies kann nicht scharf genug betont werden** — nur die Ergebnisse einer rein mechanischen Betrachtung. Eine andere Frage ist es, in welchem Maße diese Rechnung in

die Praxis umgesetzt werden kann. Eine solche Arbeitszeitverkürzung würde einen tiefen Eingriff in die Produktionsbedingungen der Wirtschaft bedeuten und von so großen Schwierigkeiten begleitet sein, daß sich eine Mehrbeschäftigung in dem oben berechneten Umfang niemals würde durchsetzen können.

Denn die Berechnungen, die hier angestellt wurden, gehen von der Annahme aus, daß sich bei gegebenem Produktionsumfang ein reibungsloser Ausgleich je nach der Dauer der Arbeitszeit vollziehen kann. Diese Annahme erfährt aber für die praktische Betrachtung beträchtliche Einschränkungen.

1. Regionale Ausgleichshemmungen.

Das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist in den einzelnen Gebieten des Reichs außerordentlich verschieden. In Gebieten mit verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit besteht die Möglichkeit, daß für eine etwa vorgenommene Reduktion der Arbeitszeit die erforderlichen Arbeitskräfte nicht vorhanden sind oder aus anderen Gebieten herangezogen werden müßten. In diesen Fällen wäre eine Umsiedlung notwendig, um bisher Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzubeziehen. Da dies aber erhebliche Kosten verursachen würde, käme es nach Lage der Dinge nicht in Betracht. Wie groß die von den oben errechneten Optimalzahlen von 1½ oder 0,7 Millionen zu machenden Abstriche wären, könnte nur auf Grund eingehender regionaler Untersuchungen ermittelt werden. Die Unterlagen hierfür stehen im Augenblick nicht zur Verfügung.

2. Branchenmäßige Ausgleichshemmungen.

Das gleiche, was für die verschiedenen Gebiete gilt, dürfte innerhalb der Gebiete auch für die einzelnen Branchen zutreffen. Die obige Berechnung sieht nicht nur von den örtlichen Unterschieden ab; sie berücksichtigt auch nicht, daß sich der Ausgleich zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, jedenfalls soweit Facharbeiter in Frage kommen, im allgemeinen nur innerhalb der einzelnen Branche vollziehen kann. Eine gut beschäftigte Branche wäre z. B. nicht in der Lage, die Arbeitszeit ihrer Facharbeiter zu verkürzen, um ungelernete Arbeiter oder Facharbeiter anderer Branchen einzustellen. Auch hier läßt sich nicht abschätzen, wie groß die Verluste sind, die daraus einer Mehrbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung erwachsen würden.

3. Bereits bestehende Kurzarbeit.

In der oben aufgestellten Berechnung ist ferner nicht berücksichtigt worden, daß bereits gegenwärtig für eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitern die Arbeitszeit weniger als 44 oder 40 Stunden in der Woche beträgt (nämlich für rd. 1,4 bzw. 1,1 Millionen). Es wurde vielmehr angenommen, daß diese Arbeiter auch weiterhin mit der gleichen Verkürzung wie bisher arbeiten. Wenn dies aus Gründen der Billigkeit verlangt würde, so müßte für diese Arbeiter die Arbeitszeit auf 44 oder 40 Stunden erhöht werden. Das würde die Zahl der zusätzlich zu Beschäftigenden weiterhin vermindern.

Die wirtschaftlich mögliche Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsstreckung dürfte mithin um einen, im Augenblick zwar nicht abschätzbaren, sicher aber recht erheblichen Betrag geringer sein als 1½ Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden oder 0,7 Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche.

Betriebliche Folgen.

Bei den bisherigen Erwägungen blieben die betrieblichen Folgen, die eine Herabsetzung einer Arbeitszeit nach sich zieht, unberücksichtigt. Diese dürften, soweit darüber eine generelle Entscheidung getroffen werden kann, unzweifelhaft in der Richtung sich erhöhender Produktionskosten liegen. Zwar mögen die Erwägungen, die zu diesem Schluß führen, gegenüber der Dringlichkeit aller Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit vermindern können, in den Hintergrund treten; sie dürfen aber der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben.

Das Verhältnis zwischen „gearbeiteter“ Arbeitszeit und „Arbeitsanlauf“ wird umso ungünstiger, je kürzer die Arbeitszeit ist. Das gilt vor allem für den — wohl häufigsten — Fall, daß die Arbeitszeit vom Zeitpunkt des Erscheinens bzw. des Verlassens der Fabrik gerechnet wird. Dort, wo als Arbeitszeit nur die am Arbeitsplatz verbrachte Zeit gerechnet wird, wird sich kaum eine Änderung bemerkbar machen.

Bei Akkordarbeit könnte möglicherweise sogar eine Leistungssteigerung als Folge verkürzter Arbeitszeit eintreten, die zur Folge hätte, daß der Mehrbedarf an Arbeitskräften nicht entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit wachsen würde.

Wirkungen auf Einkommen und Verbrauch.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche würde bei gleichen Stundenlohnsätzen das Einkommen von etwa 6,8 Millionen Arbeitern um durchschnittlich 6 bis 7 v. H. vermindern. Würde die Arbeitszeit auf 40 Stunden reduziert, so würden unter der gleichen Voraussetzung rd. 7,1 Millionen Arbeiter mit einer durchschnittlichen Verminderung des Einkommens um 15 bis 20 v. H. zu rechnen haben. Auf der anderen Seite würde dadurch das Einkommen der zusätzlich zu beschäftigenden Arbeiter (0,7 oder 1,5 Millionen) zum größten Teil von der Höhe der Unterstützungsbeiträge der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung (bzw. der Wohlfahrtspflege) auf die Höhe des Verdienstes bei 44 oder 40 stündiger Arbeitszeit steigen. Ebenso wie sich durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden — bei einer rein rechnerischen Betrachtung — nicht ändern würde, würde auch die gesamte Lohnsumme annähernd gleich bleiben. Es würden aber durch die andersartige Verteilung des industriellen Lohneinkommens Wandlungen in der von diesem Einkommen ausgehenden Nachfrage vor sich gehen, die u. U. zunächst für den Einzelhandel, letztlich aber auch für die Verbrauchsgüterindustrien von Bedeutung sein können. Wir sehen hierbei von den indirekten Wirkungen ganz ab, die möglicherweise durch die Rückwirkung u. a. auf Preise und Steuern entstehen.

Die Einkommensminderung bei den Industriearbeitern, deren Arbeitszeit verkürzt würde, hätte zur Folge, daß der Verbrauch dieser Bevölkerungsmasse zurückginge. Nun wird bei sinkendem Ein-

kommen in erster Linie die Sparsumme und der sogenannte elastische Bedarf eingeschränkt, d. h. der Bedarf, der über die Deckung der lebensnotwendigen Bedürfnisse (Nahrungsmittel) und der Ausgaben für Wohnung hinausgeht.

Auf der anderen Seite würde der Einkommenszuwachs bei den bisher arbeitslosen Industriearbeitern eine wesentliche Erhöhung ihrer Lebenshaltung bedeuten. Dies würde sich aller Voraussicht nach zunächst in steigendem Verbrauch an Nahrungsmitteln, vor allem hochwertigeren Nahrungsmitteln, äußern. Außerdem würde natürlich auch der Verbrauch dieser Personengruppe an Gütern des elastischen Bedarfs zunehmen. Sicher ist aber, daß diese Steigerung den Ausfall bei den Arbeitern, deren Einkommen nun verkürzt ist, nicht ausgleichen würde.

*

Um welche Summen es sich dabei im einzelnen handeln mag, ist — auch schätzungsweise — kaum anzugeben. Man wird aber den Kaufkraftausfall für Güter des elastischen Bedarfs, der sich durch diese andersartige Verteilung der Lohneinkommen ergibt, vielleicht nicht allzu hoch veranschlagen dürfen; er könnte vor allem in seiner Wirkung auf die Umsatzen durch eine Preissenkung noch etwas ausgeglichen werden. Sicherlich ist aber ein Verlust an Spargeldern zu buchen, der auf dem Weg über die Sparkassen u. U. Teile des Kapitalmarktes zu beeinflussen vermag. Vielleicht würde auch der erhöhte Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln zu einer Steigerung der Einfuhr führen. Endlich wird man noch zu berücksichtigen haben, daß, wenn die Zahl der Beschäftigten infolge der Arbeitszeitverkürzung zunimmt, auch die Unkosten der Arbeit für die Arbeiterschaft (z. B. Fahrten zur Arbeitsstätte) absolut und im Verhältnis zum Einkommen steigen müssen.

Zur Kreditlage.

Die kurzfristigen Kredite

der Banken, Notenbanken, Sparkassen, Genossenschaften und Versicherungen in Mill. RM ¹⁾.

Art und Form der Kredite	31. 8. 29	28. 2. 30	31. 8. 30 ²⁾
Kredite an die private Wirtschaft			
Wechsel	7 157,4	6 631,0	6 150,2
Debitoren ²⁾	10 509,8	11 017,4	11 294,7
Warenvorschüsse . .	2 076,4	2 278,4	2 140,4
zusammen . .	19 743,6	19 926,8	19 585,3
Veränderung im Halbjahr ³⁾	+ 831,8	+ 206,2	— 350,6
Kredite an die öffentliche Wirtschaft¹⁾			
Schatzwechsel und Kommunalwechsel .	886,5	1 308,2	1 628,4
Debitoren	1 236,5	1 268,3	1 109,5
zusammen . .	2 123,0	2 576,5	2 737,9
Veränderung im Halbjahr ³⁾	+ 88,0	+ 446,9	+ 78,2
Wertpapiere	3 199,8	3 272,6	3 657,1
Konsortialbeteiligungen	242,3	231,1	293,2
Reports	1 033,2	825,4	682,2
Effektendebitoren . .	1 781,0	1 849,8	1 866,0
zusammen . .	6 256,3	6 178,9	6 498,5
Veränderung im Halbjahr ³⁾	+ 29,5	— 73,6	+ 315,3

¹⁾ Nach der Kreditstatistik des Statistischen Reichsamts. — ²⁾ Ohne Banken-, Effekten- und Kommunaldebitoren. — ³⁾ Unter Berücksichtigung der Veränderung in der Zahl der berichtenden Banken. — ⁴⁾ Soweit gesondert ausgegliedert. — ⁵⁾ Vorläufige Zahlen.

1. Die Entwicklung bis Ende August.

Die deutsche Wirtschaft übt nach wie vor große Zurückhaltung in der Aufnahme neuer Kredite aus. Die Ungeklärtheit der wirtschaftlichen und vor allem der politischen Lage hemmt neue Planungen, deren Durchführung durch Kreditaufnahme zu finanzieren wäre. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat der Gesamtumfang derjenigen Kredite, die durch laufende Beobachtung der Emissionen und der Bankbilanzen statistisch festgestellt werden, nur um rd. 3730 Mill. RM zugenommen. Im Jahr zuvor betrug die Zunahme in der gleichen Zeit noch rd. 5270 Mill. RM.

Die verhältnismäßig geringe Kreditaufnahme der privaten Wirtschaft ist zu einem Teil wohl auf die noch immer hohen Zinssätze für Langkredite zurückzuführen. Jedoch ist auch bei den Kurzkrediten der privaten Wirtschaft, deren Zinskosten durch die bis in den September hinein anhaltende Verflüssigung des Geldmarktes gesenkt worden waren, eine starke Zurückhaltung erkennbar. Hierin kommt die allgemeine Verminderung der Unternehmerumsätze und z. T. wohl auch der Lagerbestände zum Ausdruck.

Weiteres Anwachsen der öffentlichen Schulden.

Die von der öffentlichen Wirtschaft aufgenommenen Kredite haben — im Gegensatz zu den Krediten der privaten Wirtschaft — auch in den letzten Monaten weiter zugenommen. Freilich hat sich nach Aufnahme der Young- und der Kreuger-Anleihe des Reichs die Zunahme der öffentlichen Verschuldung bis Ende August etwas verlangsamt. Die die gegenwärtige Kredit- und Wirtschaftslage kennzeichnende Gegenbewegung von privater und öffentlicher Kreditaufnahme hält aber weiterhin an. Sie tritt besonders in der Gliederung der Wechselbestände bei den Banken in Erscheinung. Bei allen statistisch erfaßten Banken (einschl. Notenbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken) sind die Bestände an Wechseln (Handelswechsel) vom 31. August 1929 bis 31. August 1930 um rd. 1 Mrd. RM gesunken, die Schatzwechselbestände dagegen um mehr als 700 Mill. RM gestiegen.

Rückgang der Spartätigkeit.

Den Sparkassen sind in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres nur

737 Mill. RM	neue Spareinlagen	zugeflossen	gegenüber
1052 Mill. RM	im gleichen Zeitraum	1929 und	
1358 Mill. RM	„ „ „	1928.	

Ähnliche Rückgänge zeigen sich bei den Einlagen der gewerblichen Genossenschaftsbanken. Sie sind in den ersten acht Monaten 1930 nur um

52 Mill. RM	gewachsen	gegenüber
163 Mill. RM	im gleichen Zeitraum	1929 und
182 Mill. RM	„ „ „	1928.

Die Bankdepósitos.

Auch bei den Banken hat sich die Zunahme des Bestands an fremden Geldern wesentlich verlangsamt; in den letzten Monaten hat sich sogar ihr absoluter Betrag vermindert. Vor allem scheinen erhebliche Auslandsguthaben abgezogen worden zu sein. Die inländischen Einlagen, die in der Hauptsache die Kassenbestände und kurzfristigen Geldreserven der privaten Wirtschaftsunternehmen darstellen, dürften dagegen keine Verminderung — eher sogar eine Zunahme — erfahren haben.

Im Gegensatz zu früheren Depressionsperioden werden die unbeschäftigten Geldmittel der Unternehmen nicht in Wertpapieren angelegt. Erhebliche Geldbeträge, die gegenwärtig auf Depósitoskonten stehen, wären bei größerem Vertrauen zu der wirtschaftlichen und politischen Lage wahrscheinlich einer langfristigen Anlage zugeflossen. Dementsprechend sind auch die Effektenkredite der Banken bis zur Gegenwart weiter gesunken.

2. Der Geldmarkt seit Mitte September.

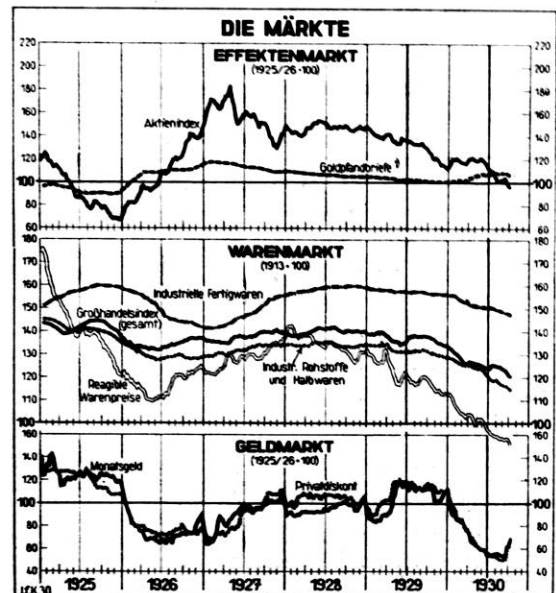
Seit Mitte September trafen mehrere Momente zusammen, die zu einer neuen Anspannung am Geldmarkt und schließlich zu der Diskonterhöhung am 9. Oktober geführt haben:

1. Bereits in den Sommermonaten hatten sich die kurzfristigen Auslandsschulden vermindert. Dabei handelte es sich jedoch zum großen Teil um freiwillige Rückzahlungen aus dem Devisenerlös der Young- und der Kreuger-Anleihe.

2. Zu diesem Konsolidierungsprozeß trat seit Mitte September ein zum Teil politisch bestimmter Devisenbedarf. Das Ausland hat deutsche Wertpapiere abgestoßen; die deutsche Kapitalflucht hat größeren Umfang angenommen. Da die liquiden Mittel der Unternehmungen nicht wie sonst in Depressionsperioden in Wertpapieren festgelegt worden sind, sondern als Bankguthaben gehalten werden, stehen ihrer raschen Umwandlung in Devisen oder in andere Auslandswerte nur geringe Hemmnisse entgegen.

3. Hinzu kam schließlich der im September und Anfang Oktober saisonmäßig hohe Geld- und Devisenbedarf zur Bewältigung der üblichen Herbstumsätze.

Alle diese Momente zusammen haben die für den deutschen Geldmarkt verfügbaren Mittel geschmälert. Die Geldsätze sind von Mitte September bis Mitte Oktober um rund 1 % p.a. gestiegen. Etwa die Hälfte dieser Steigerung wird man nach Erfahrungen aus früheren Jahren auf die saisonübliche Herbstanspannung zurückführen dürfen. Von dieser Seite her wird man also von Mitte Oktober an wieder eine gewisse Entlastung erwarten dürfen. Dagegen läßt sich der Teil der Geldmarktentwicklung, der von politischen Ereignissen beeinflusst wird, in seiner künftigen Entwicklung nur schwer beurteilen. Es kann nur festgestellt werden, daß die jüngste Zuspitzung am Geld- und Devisenmarkt im Gegensatz zur Konjunkturlage in Deutschland steht, die eher eine weitere Verflüssigung als eine Anspannung am Geldmarkt nach sich ziehen sollte.



¹⁾ Durchschnittliches Kursniveau aus 5, 6, 7, 8 und 10 prozentigen Papieren der Hypotheken-Aktienbanken und der öffentl. rechtl. Kreditanstalten.

Anschrift des Herausgebers: Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194. Fernsprecher: Bismarck 7315 — Verlag: Reimar Hobbing, Berlin SW 61, Großbeerenstraße 17, Fernsprecher: Bergmann 2527 — Preisgesetzlich für die Redaktion verantwortlich: Dr. Theodor Bühler, Berlin — Bezugspreis vierteljährlich 8,00 RM einschl. Zustellung im Inland — Gedruckt bei H. S. Hermann G. m. b. H., Berlin.

Die Konjunktur des Auslands.

Schweiz.

Durch rasche Verschlechterung des Ausfuhrgeschäfts in den letzten Monaten wird die schweizerische Wirtschaft immer stärker in die weltwirtschaftliche Depression hineingezogen. Den von außen einwirkenden Depressionskräften stehen jedoch die noch hohe Kaufkraft des Inlandmarkts und erhebliche Kapitalzuflüsse aus dem Ausland gegenüber; dadurch wird der Abschwung der gesamten Wirtschaftstätigkeit vorläufig gemildert. Indes deutet der Rückgang der Maschineneinfuhr und der Zahl der Fabrikneubauten auf eine allmähliche Abschwächung auch der Inlandskonjunktur hin.

Die Außenhandelsumsätze sind erheblich gesunken. Die Einfuhr betrug im August 206 Mill. Frs. gegenüber 236 Mill. Frs. im Vorjahr, die Ausfuhr 130 Mill. Frs. gegenüber 143 Mill. Frs. Die Passivität der Handelsbilanz hat sich etwas verringert. Die Einfuhr von Rohstoffen

Gold und Wirtschaft.

Die Fortsetzung der Aufsatzreihe „Gold und Wirtschaft“ erscheint in der nächsten Nummer des Wochenberichts.

ist weiterhin gefallen; sie ist erheblich geringer als im Vorjahr (August 1930 42 Mill. Frs. gegenüber 49 Mill. Frs. im August 1929). Die Fertigwarenausfuhr ist etwas weniger gesunken (von 50 Mill. Frs. auf 46 Mill. Frs.). Bei der Ausfuhr werden neuerdings besonders Maschinen, Fahrzeuge, Apparate und Uhren stark vom Rückgang betroffen. Die Textilausfuhr setzt ihren seit langem anhaltenden Rückgang fort. Die Verminderung der schweizerischen Ausfuhr ist in erster Linie durch die Depression in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland bedingt; die Ausfuhr nach Frankreich geht erst neuerdings stärker zurück. Die Ausfuhr nach Großbritannien hält sich ziemlich unverändert.

Die Beschäftigung in den Ausfuhrindustrien, vor allem in der Baumwoll-, Stickerei- und in der Uhrenindustrie, ist stark gesunken. Die Schwierigkeiten in der Stickereiindustrie haben sich verschärft. Dagegen sind die für das Inland arbeitenden Industrien, in erster Linie das Baugewerbe, noch befriedigend beschäftigt, so daß der Rückgang der Gesamtbeschäftigung erst verhältnismäßig gering ist. Im August 1930 wurden 10 351 Arbeitslose gezählt (gegenüber 4801 im Vorjahr).

*

Trotz der niedrigen Zinssätze (Bankdiskont $2\frac{1}{2}\%$, Privatkont etwa $1\frac{1}{2}\%$) strömen erhebliche Auslandsgelder nach der Schweiz; der Frank steht daher zu fast allen wichtigen Valuten über Pari. Im Juli und August sind auch bedeutende Goldzuflüsse zu verzeichnen (20,2 Mill. Frs. und 34,5 Mill. Frs.). Die Goldbestände der Nationalbank und die Deckung des Notenumlaufs sind stark gestiegen. Die Effektenkurse haben sich verhältnismäßig wenig verändert. Die Großhandelsindexziffer blieb zuletzt ebenfalls unverändert; der Senkung der ausländischen Rohstoffpreise steht eine — zum Teil saisonbedingte — Erhöhung der Preise der inländischen Agrarprodukte gegenüber.

Belgien.

Während sich der Konjunkturrückgang in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nur langsam durchgesetzt hatte, scheint nunmehr unter dem Druck der weltwirtschaftlichen Depression die Verschlechterung auch in Belgien in beschleunigtem Tempo fortzuschreiten. Die Ausfuhr, von deren Entwicklung ein großer Teil der belgischen Wirtschaft in hohem Grad abhängig ist, hat sich nämlich in der letzten Zeit sehr ungünstig gestaltet. Sie war in den Monaten Juni bis August um 30 v. H. geringer als in den gleichen Monaten 1929. Dementsprechend mußte die industrielle Produktion zum Teil erheblich eingeschränkt werden. Dies gilt vor allem für die Eisen- und Stahlproduktion, die seit Juni um etwa 25 v. H. geringer ist als im Vorjahr. Auch in der Textilindustrie, besonders in der Baumwollindustrie, hat sich der Produktionsrückgang verschärft, so daß gegenwärtig vielfach nur 60 v. H. der Kapazität ausgenutzt werden. Dagegen ist die Beschäftigung in der Waggon- und Lokomotivindustrie sowie im Kohlenbergbau (hier allerdings bei steigenden Haldenbeständen) noch verhältnismäßig hoch.

Die Verschlechterung des industriellen Beschäftigungsgrads hat bisher noch keine allzu ungünstigen Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt. Arbeiterentlassungen in größerem Umfang sind noch nicht erfolgt. Die Zahl der Vollarbeitslosen ist noch gering (12 226 im Juni 1930). Die Zahl der Kurzarbeiter ist jedoch stark gestiegen; von 11 194 im Juni 1929 auf 25 782 im Januar 1930 und 41 336 im Juni 1930. Die Löhne sind in zahlreichen Industrien herabgesetzt worden.

*

Nach der Senkung des Diskontsatzes auf $2\frac{1}{2}\%$ am 31. Juli hielt die Verflüssigung des Geldmarkts an. Der Privatkont fiel von 2,8 % im Juli auf 2,4 % im September; der Satz für Tagesgeld hält sich unter 1 %. Auch am Kapitalmarkt sind reichliche Mittel verfügbar, ohne daß ihnen ein entsprechender Investitionsbedarf gegenüberstände. Die privaten Emissionen betrugen im Juli und August zusammen nur 771,6 Mill. Frs. (gegen 2762,2 Mill. Frs. im Vorjahr). Die Effektenumsätze sind stark zurückgegangen; bei Aktien traten im August und September erneute Kursrückgänge ein, während bei Obligationen eine stetige Kursbesserung zu beobachten ist.

Diskontsätze an wichtigen Bankplätzen.

Bankplatz	Diskont in % p. a.	Bankplatz	Diskont in % p. a.
Berlin	5 seit 10. 10.	Paris	$2\frac{1}{2}$ seit 2. 5.
New York . . .	$2\frac{1}{2}$ „ 19. 6.	Brüssel . . .	$2\frac{1}{2}$ „ 1. 8.
London	3 „ 1. 5.	Wien	5 „ 10. 9.
Amsterdam . .	3 „ 25. 3.	Rom	$5\frac{1}{2}$ „ 19. 5.
Zürich	$2\frac{1}{2}$ „ 10. 7.	Stockholm . .	$3\frac{1}{2}$ „ 3. 4.

Zahlenübersicht

Berlin, den 15. Oktober 1930

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		19.-24. Aug. 1929	26.-31. Aug. 1929	2.-7. Sept. 1929	9.-14. Sept. 1929	16.-21. Sept. 1929	23.-28. Sept. 1929	30.Sept. bis 5. Okt. 1929	7.-12. Okt. 1929	18.-23. Aug. 1930	25.-30. Aug. 1930	1.-6. Sept. 1930	8.-13. Sept. 1930	15.-20. Sept. 1930	22.-27. Sept. 1930	29.Sept. bis 4. Okt. 1930	6.-11. Okt. 1930
		34	35	36	37	38	39	40	41	34	35	36	37	38	39	40	41
Woche:																	
1. Tätigkeitsgrad																	
Arbeitslosigkeit																	
Hauptunterstützungsempfänger																	
i. d. Arbeitslosenversicherung	1000	—	725,8	—	—	735,1	—	748,6	—	—	1507,0	—	—	1504,0	—	1492,8	—
i. d. Krisenunterstützung	"	—	157,2	—	—	159,2	—	161,6	—	—	440,8	—	—	458,7	—	472,6	—
zusammen	"	—	883,0	—	—	894,3	—	910,2	—	—	1947,8	—	—	1962,7	—	1965,4	—
Arbeitslosigkeit, England ²⁾	"	1162,3	1158,8	1152,3	1149,7	1147,5	1162,9	1181,9	1207,2	2018,0	2039,7	2060,4	2139,6	2103,4	2109,7	2161,7	.
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1000 t	408,8	407,6	395,6	411,3	410,9	411,8	407,4	414,5	329,1	340,5	325,5	337,7	325,9	332,2	333,5	.
Steinkohle in Deutsch-Oberschlesien	"	71,0	74,5	69,9	72,5	73,8	75,4	72,3	75,3	58,9	61,9	60,7	64,3	62,3	63,0	60,6	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier	"	92,3	93,8	93,2	91,8	92,3	93,7	92,9	93,3	70,5	70,4	70,1	71,6	68,7	67,8	67,5	.
Steinkohle in England ²⁾	"	866,1	880,3	881,0	819,7	866,8	883,7	875,5	876,9	798,8	779,6	774,6	721,0	790,0	800,0	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn ...	1000	155,4	157,2	156,1	160,5	160,0	160,4	158,4	161,7	129,3	133,3	133,1	134,9	134,1	132,8	134,6	.
Kreditsicherheit, arbeitstäglich																	
Wechselproteste	Zahl	338	253	271	295	306	289	320	347	262	241	230	243	249	235	235	.
"	1000 RM	452,1	312,3	340,9	376,8	408,4	345,6	431,4	448,3	350,9	303,9	290,6	332,0	419,0	309,8	292,2	.
Vergleichsverfahren	Zahl	18	21	16	15	14	14	12	14	25	19	23	18	16	18	23	16
Konkurse	"	30	27	25	27	27	17	12	30	31	32	25	31	25	30	33	33
Notenbanken³⁾																	
Gold- und Devisenbestand	Mill. RM	2583	2585	2597	2603	—	2612	2641	2655	3067	3080	3103	—	3032	2900	2742	2672
davon Reichsbank	"	2489	2491	2504	2509	—	2519	2547	2562	2975	2988	3011	—	2939	2807	2650	2579
Notenbankkredite ⁴⁾	"	2265	3011	2750	2491	—	2343	3006	2763	1543	2083	1773	—	1508	1547	2540	2248
davon Reichsbank	"	2086	2834	2570	2312	—	2165	2828	2588	1404	1942	1629	—	1429	1408	2393	2099
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)	"	587	554	594	555	—	654	612	554	701	505	460	—	444	540	563	447
davon Reichsbank	"	445	434	472	427	—	519	501	445	601	418	368	—	352	443	472	347
Bundes Reserve Banken U.S.A.																	
Diskontierte Wechsel	Mill. \$	986,4	973,6	1046,0	972,9	933,9	944,4	930,6	857,3	196,2	193,3	231,3	183,2	163,2	167,2	185,9	173,2
Regierungssicherheiten	"	148,6	145,3	149,0	159,0	177,6	152,1	145,8	140,8	601,9	601,9	602,0	602,0	610,4	601,8	601,2	600,4
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. RM	5668	6488	6161	5959	—	5720	6524	6262	5525	6297	6031	—	5706	5522	6341	6050
davon Reichsbanknoten	"	4147	4888	4597	4405	—	4194	4907	4678	4045	4697	4478	—	4239	4027	4733	4489
Postscheckverkehr (Lastschriften) ..	"	1353	1575	1331	1344	1301	1662	1499	1517	1253	1486	1226	1228	1169	1408	1411	.
Postscheckguthaben (Bestände)	"	602	551	594	560	566	617	633	621	553	522	559	523	517	597	587	.
2. Wertbewegung																	
Zinssätze																	
Reichsbankdiskont	% p. a.	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	4	4	4	4	4	4	4	5 ⁹⁾
Debetzinsen ²⁾ der Stempel-	"	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	7	7	7	7	7	7	7	8 ⁹⁾
Kreditzinss ²⁾ vereinigung	"	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,5 ⁹⁾
Tagesgeld	"	7,27	7,15	9,23	7,70	7,91	7,54	9,56	8,21	3,46	3,73	4,86	2,92	3,67	4,21	5,89	4,79
Monatsgeld	"	9,83	9,86	9,80	9,68	9,72	9,74	9,80	9,78	4,80	4,72	4,66	4,63	4,73	5,36	5,50	5,84
Privatdiskont	"	7,13	7,25	7,13	7,13	7,13	7,30	7,38	7,27	3,20	3,13	3,13	3,13	3,15	3,63	3,88	4,38
Warenwechsel mit Bankgiro	"	7,75	7,76	7,70	7,62	7,74	7,75	7,75	7,75	3,69	3,66	3,62	3,59	3,60	4,00	4,25	4,70
Reportgeld	"	9,50	9,50	—	—	—	9,25	—	—	5,00	5,00	—	—	—	5,25	—	—
Rendite der 5% Goldpfandbriefe ..	"	6,42	6,42	6,43	6,44	6,44	6,44	6,45	6,46	6,09	6,09	6,09	6,09	6,10	6,12	6,13	6,14
" " 6%	"	7,53	7,53	7,55	7,57	7,58	7,60	7,60	7,61	6,98	6,99	6,98	6,97	6,97	7,02	7,06	7,10
" " 7%	"	8,37	8,38	8,40	8,41	8,43	8,45	8,46	8,47	7,41	7,41	7,41	7,42	7,43	7,54	7,59	7,62
" " 8%	"	8,57	8,58	8,60	8,62	8,64	8,64	8,65	8,65	8,05	8,05	8,06	8,06	8,08	8,15	8,19	8,22
Call money New York	"	6,67	8,75	8,40	7,75	8,33	9,08	7,50	5,40	2,17	2,00	2,40	2,50	2,00	2,00	1,92	2,00
Privatdiskont London	"	5,48	5,48	5,48	5,49	5,46	5,83	6,21	6,23	2,19	2,07	2,07	2,09	2,07	2,05	2,11	2,11*
" Zürich	"	3,31	3,44	3,38	3,38	3,38	3,38	3,38	3,44	1,69	1,69	1,56	1,50	1,44	1,44	1,31	1,31
" Amsterdam	"	5,06	5,22	5,38	5,34	5,38	5,41	5,38	5,19	1,81	1,85	1,83	1,86	2,06	1,97	1,94	1,71
Devisenkurse in Berlin																	
New York	RM je \$	4,1990	4,1998	4,2012	4,2008	4,2003	4,1969	4,1955	4,1938	4,1860	4,1867	4,1918	4,1974	4,1963	4,1992	4,2008	4,2025
London	RM je £	20,36	20,36	20,36	20,36	20,36	20,36	20,39	20,40	20,39	20,39	20,40	20,41	20,40	20,41	20,41	20,42
Paris	RM je 100 fr	16,44	16,44	16,44	16,43	16,44	16,44	16,46	16,46	16,46	16,47	16,48	16,48	16,49	16,49	16,49	16,49
Aktienkurse																	
Bergbau- und Schwerindustrie	1924/26=100	127,4	129,0	130,2	128,7	126,9	125,9	123,8	122,1	100,5	100,6	101,2	101,7	98,9	94,7	94,3	90,2
Verarbeitende Industrie	"	125,6	126,1	126,2	123,7	121,6	120,9	118,0	116,4	92,6	92,8	93,0	93,4	91,3	87,2	86,0	82,8
Handel und Verkehr	"	151,9	152,9	153,3	151,7	151,1	151,0	150,0	148,4	126,4	127,0	127,2	127,8	125,8	121,3	121,0	117,8
Gesamt	"	134,1	135,1	135,5	133,5	131,9	131,2	129,5	127,4	103,8	104,1	104,5	105,0	102,7	98,6	97,7	94,3
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Reagible Waren ²⁾	1913 = 100	117,5	119,2	120,2	120,4	120,4	119,9	119,3	118,1	93,3	93,6	93,0	92,8	93,1	93,1	91,5	90,1
Großhandelspreise (gesamt)	"	138,0	137,9	137,9	138,2	138,3	138,0	138,0	137,8	125,0	124,0	123,9	123,5	123,0	121,9	120,6	120,4
Agrarstoffe	"	132,4	132,0	131,7	132,7	133,2	132,7	133,1	132,8	117,7	115,4	115,9	115,3	114,1	111,8	109,1	109,3
Industr. Rohstoffe und Halbwaren	"	131,4	131,4	131,8	131,8	131,8	131,4	131,2	131,0	117,5	117,1	116,8	116,6	116,3	115,9	115,1	114,7
" Fertigwaren	"	157,5	157,5	157,4	157,3	157,1	156,9	156,9	156,7	149,3	149,1	148,8	148,4	148,3	148,1	147,8	147,3
Produktionsgüter	"	139,7	139,7	139,7	139,6	139,6	139,6	139,6	139,6	137,6	137,6	137,6	137,3	137,4	137,3	137,3	137,1
Verbrauchsgüter	"	170,9	170,9	170,8	170,5	170,3	170,0	170,0	169,6	158,1	157,8	157,3	156,7	156,5	156,3	155,7	155,0
Großhandelsindex:																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	1926 = 100	97,0	96,9	96,3	96,3	96,1	95,8	94,7	94,7	82,8	83,3	83,5	83,4	83,6	83,1	82,3	82,9
Großbritannien (Fin. Times)	1913 = 100	130,3	130,6	130,5	130,6	130,7	130,4	128,8	129,5	108,4	107,4	107,0	106,6	106,4	105,0	103,9	.
Großhandelspreise																	
Roggen, märk., Berlin, prompt	je 1000 kg	193,2	187,4	194,9	189,5	183,4	180,2	182,7	183,3	168,8	180,0	187,0	187,0	177,1	157,4	150,0	148,3
Rinder, Lebendgewicht, Berlin	je 50 kg	52,6	52,7	51,6	50,5	49,7	50,9	49,9	50,1	53,5	53,3	54,4	53,8	51,2	51,3	52,0	49,9
Rindschäute, sudam., Hamburg	je ½ kg	1,18	1,20	1,20	1,20	1,17	1,15	1,14	1,14	0,75	0,76	0,77	0,78	0,81	0,80	0,76	0,75
Maschinengußbruch, Ia, Essen	je 2 kg	72,50	72,50	72,50	72,50	72,50	72,50	72,50	72,50	60,50	60,50	60,50	60,50	60,50	61,00	61,00	61,00
Feinbleche, 1 bis unter 3 mm ²⁾	"	161,50	161,50	161,50	161,75	161,75	161,25	161,75	161,75	165,3	165,3	166,0	166,0	166,0	166,0	166,0*	16

¹⁾ Ohne Nordirland; registrierte Arbeitslose. — ²⁾ Förderkohle. — ³⁾ Reichsbank und die 4 Privat-Notenbanken. — ⁴⁾ Wechsel und Lombards. — ⁵⁾ Debetzinsen zuzüglich Vorschussprovision. — ⁶⁾ Kreditzinsen für täglich fälliges Geld in provisionsfreier Rechnung. — ⁷⁾ Maschinengebrauch, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Mittel- bleche, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsenhäute, Kalbfelle. — ⁸⁾ Basis Siegen oder Dillingen. — ⁹⁾ Ab 9. 10. — ¹⁰⁾ Ab 10. 10. — ¹¹⁾ Vorläufig.